DIE NEUE JÜLICHER – Zeitung für Politik & Kultur • gratis • 07. Jahrgang • Ausgabe Nr. 12 • August/September 2021 • Auflage: 7.500

DIE NEUE JÜLICHER

SONDER-BEILAGE Bundestagswahl 2021

Zeitung für lokale Politik & Kultur

Bundestagswahl • Chris Andrä in den Bundestag • Klimaveränderung • Mobilität, es tut sich was • Neues aus der Grünen Fraktion u.v.m

© Hans Launer

Jülich gegen die Klimakrise

Die Klimakrise ist da, auch in Jülich.

JÜLICH. Erderhitzung sorgt dafür, dass extreme Wetterlagen stärker ausfallen und länger anhalten. In den vergangenen Sommern hat sie Dürre und Hitzewellen gebracht. Diesen Sommer war es die Flut, die große Schäden angerichtet hat.

Schon jetzt hat die Durchschnittstemperatur im Kreis Düren um mehr als ein Grad zugenommen (gegenüber der Zeit vor 1980). Die Tendenz geht deutlich weiter nach oben. Die jetzige junge Generation in Jülich muss sich auf eine weitere Erhitzung in den kommenden Jahrzehnten einstellen, mit weiteren katastrophalen Folgen. Wie hoch sie sein wird, liegt an den politischen Entscheidungen der kommenden Jahre.

Die Klimaerhitzung ist kein Schicksal, sondern sie ist von Menschen gemacht. Auch die Region rund um Jülich hat ihren Anteil, die hiesigen Braunkohlekraftwerke gehören zu den größten CO2-Verursachern weltweit.

Die Stadt Jülich hat die ersten kleinen Schritte in Richtung Klimaschutz getan. Auf Antrag der GRÜNEN wurde 2012 ein Klimaschutzkonzept erstellt. Leider hat die Stadt nur wenige Maßnahmen aus dem Konzept kontinuierlich weiterverfolgt, so wurden etwa Straßenlaternen auf LED umgerüstet und Jülich beteiligt sich seit einigen Jahren an der Aktion Stadtradeln. Aber weder wurde die CO2-Bilanz aktualisiert, noch wurde das Potential für Solaranlagen auf stadteigenen Dächern ausgeschöpft.

2019 haben die GRÜNEN die Ausrufung des Klimanotstands für die Stadt beantragt – wie bereits über 70 Städte und Gemeinden in Deutschland. Damit hätte sich die Stadt verpflichtet, die Belange des Klimaschutzes bei allen politischen Entscheidungen zu berücksichtigen. Leider ist der Rat dem grünen Antrag nicht gefolgt. Von dem vom Rat daraufhin beschlossenen Sofortmaßnahmen zum Klimaschutz wurden nur wenige umgesetzt.

Damit ist Jülich typisch für ganz Deutschland: Ideen sind da – Umsetzung mangelhaft.
Auf die kommenden Jahre kommt es an: mehr Solaranlagen auf die Dächer, mehr Ladestationen für E-Autos, Fahrradverkehr fördern, heizen mit Wärmepumpe statt mit Gas – es gibt sehr viel zu tun. Gleichzeitig braucht Jülich ein Konzept zur Klimaanpassung, um die Menschen und die Wirtschaft möglichst gut vor den Auswirkungen der Erderhitzung zu schützen. Diese Aufgaben kann keine Stadt allein stemmen. Land, Bund und EU müssen mit aller Kraft unterstützen und die passenden Rahmenbedingungen schaffen.

Die Bundestagswahl 2021 ist eine Richtungswahl, bei der über die Zukunft der nächsten Generationen entschieden wird. Nur mit den entsprechenden Mehrheiten im Bundestag kann es mit der nötigen Modernisierung rechtzeitig vorangehen. Die Jülicherinnen und Jülicher haben jetzt die Wahl, den Klimaschutz an erste Stelle zu setzen.

Von den Parteien im Bundestag sind die GRÜNEN diejenigen, die sich am konsequentesten für den Klimaschutz einsetzen und konkrete Vorschläge machen: Ziel ist, dass Deutschland bis 2035 komplett auf erneuerbare Energien umsteigt. Menschen mit geringem und mittlerem Einkommen werden dabei entlastet: mit einem Energiegeld, einer Reduzierung der EEG-Umlage und einem Klimabonus.
Natürlich kostet die Maßnahmen für den Klimaschutz Geld. Aber viel teurer ist es, nichts zu tun und die Folgen der Klimakrise den Kindern und Enkeln aufzubürden. sym

Stadtradeln 2021

JÜLICH. In diesem Jahr nimmt Jülich bereits zum fünften Mal am „Stadtradeln“ teil, das vom Klimaschutzbündnis ausgerichtet wird. Das heißt: In der Aktionszeit vom 06. bis zum 26. September gibt es für alle die Gelegenheit, das Auto stehen zu lassen und stattdessen Kilometer mit dem Fahrrad zu „sammeln“.

Ziel ist es, in diesem Zeitraum privat wie beruflich möglichst viele Kilometer mit dem Fahrrad zurückzulegen und so einen Beitrag zum Klimaschutz zu leisten, gleichzeitig ein Zeichen für eine stärkere Förderung des Radverkehrs in Jülich zu setzen – und natürlich Spaß beim Fahrradfahren zu haben! Teilnehmen können alle, die in Jülich wohnen, arbeiten, einem Verein angehören oder eine (Hoch-)Schule besuchen.

© Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Und so funktioniert es:

1. Teams bilden:
Alle Teilnehmer:innen registrieren sich unter **www.stadtradeln.de/juelich** und treten dort entweder einem bereits vorhandenen Team in ihrer Kommune bei oder gründen ein eigenes Team.

2. Kilometer zählen:
Jeder Kilometer, der während der dreiwöchigen Aktionszeit mit dem Fahrrad zurückgelegt wird, kann in den Online-Radelkalender eingetragen werden. Lokale (Rad-)Wettkämpfe und Trainings auf stationären Fahrrädern sind dabei ausgeschlossen. Wo die Radkilometer zurückgelegt werden, ist nicht wichtig, denn Klimaschutz endet an keiner Stadt- oder gar Landesgrenze.

Die Jülicher GRÜNEN werden im Rahmen des diesjährigen Stadtradelns wieder mehrere Fahrradtouren anbieten und wünschen viel Spaß beim Radeln! ses

Mobilität – Es tut sich was

JÜLICH. Mit großem Engagement haben sich die Bürgerinnen und Bürger an der Online-Beteiligung zum Mobilitätskonzept im Sommer 2020 beteiligt. Über 600 Kommentare wurden eingereicht, 234 davon bezogen sich auf den Radverkehr. Was ist daraus geworden?

© Emily Willkomm-Laufs

Das Planungsbüro Rödel & Pachan hat das Mobilitätskonzept im vergangenen Jahr unter Beteiligung eines Lenkungskreises mit Vertreter:innen der Fraktionen ausgearbeitet. Am 23. Juni hat der Stadtrat das Konzept verabschiedet. Es ist auf der Internetseite der Stadt abrufbar: **https://www.juelich.de/mobilitaetskonzept**
Ganz so umfassend wie es eigentlich angedacht war, ist das Konzept nicht geworden. Es konzentriert sich auf die Anbindung der Ortsteile an die Innenstadt und den Radverkehr.

Im Bereich des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) schlägt das Büro einen On-demand-Verkehr für die Zeiten vor, in denen praktisch keine Busse fahren, also abends und am Wochenende. Aus Sicht der GRÜNEN ist das immerhin ein Fortschritt, aber keine ausreichende Lösung. Ein weiterer Ausbau des ÖPNV ist notwendig, auch beim Angebot der Rurtalbahn.

Hingegen umfasst das Konzept für den Radverkehr eine Liste von 68 detailliert beschriebenen Mängeln auf Haupt- und Nebenrouten aus den Ortsteilen. Diese Liste bildet eine gute Grundlage, um in naher Zukunft wirkliche Fortschritte bei den Radwegen zu erreichen. Kleinere Maßnahmen sollen noch dieses Jahr umgesetzt werden. Danach sollen erste Maßnahmen laut Vorschlag des Planungsbüros auf der Route von Altenburg ins Zentrum in Angriff genommen werden.

Weitere Vorschläge betreffen Mobilitätsstationen, eine Schienenverbindung vom Bahnhof über Kirchberg nach Koslar bis Merzenhausen und eine Seilbahn. Die Idee der Seilbahn lehnen die GRÜNEN ab, weil das Projekt keine Lösung für die Alltagsmobilität der Menschen darstellt. 60 Kommentare aus der Beteiligung betrafen den Fußverkehr. Sie wurden in eine abzuarbeitende Tabelle im Anhang zum Mobilitätskonzept aufgenommen.

Problematisch ist, dass mobilitätsbezogene Fragen im Bereich der Innenstadt vom integrierten Handlungskonzept (InHK) in das Mobilitätskonzept verschoben werden, während die Planer des Mobilitätskonzepts sich nicht in den Aufgabenbereich des InHK-Planungsbüros einmischen wollen. Deshalb wird weiterhin Handlungsbedarf im Bereich der Innenstadt bestehen. Wenn das Konzept auch nicht Lösungen für alle Probleme enthält – ein Anfang ist vor allem bei den Radwegen gemacht! tik

© Emily Willkomm-Laufs

© Emily Willkomm-Laufs

GRÜNE vermissen Ernsthaftigkeit beim „Reviervertrag"

DÜSSELDORF. Die NRW-Landesregierung hat im April 2021 den „Reviervertrag – Perspektiven für das Rheinische Revier" unterzeichnet. Mit dem Positionspapier soll der Strukturwandel im Rheinischen Revier begleitet und der Region damit eine zukunftsweisende Perspektive in einem nachhaltigen Leitbild gegeben werden.

© Emily Willkomm-Laufs

Wibke Brems, stellvertretende Fraktionsvorsitzende der GRÜNEN im Landtag NRW und Sprecherin für Klimaschutz, Energie, Bergbausicherheit und Anti-Atom-Politik, hat zu dem Reviervertrag eine klare Meinung: „Armin Laschet und seine schwarz-gelbe Landesregierung haben es versäumt, den Strukturwandel im Rheinischen Revier mit der Ernsthaftigkeit zu begegnen, die das Thema verdient. Nachvollziehbarkeit, Transparenz und klare Prioritäten, eine breite Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger sowie eine begeisternde Vision davon, wie die Region in zwanzig bis dreißig Jahren aussehen soll – all das liefert die Landesregierung eben nicht. Das ist bitter und enttäuschend für all jene, die seit Jahrzehnten für die Belange ihrer Region kämpfen." ses

Quelle: Homepage Grüne NRW
https://gruene-nrw.de/ Stand: 27.04.2021

GRÜNE sehen Optimierungsbedarf beim Lobbyregister

Daniel Freund, Bündnis 90/Die Grünen, Mitglied des Europäischen Parlaments (Credit: Daniel Freund)

BERLIN. Der Deutsche Bundestag hat im März ein Lobbyregister beschlossen. Dort müssen sich professionelle Interessenvertreter:innen registrieren. Hintergrund des von CDU/CSU und SPD eingebrachten Gesetzentwurfs waren die Maskenaffäre und andere Skandale in der Union. Allerdings bleibt das Gesetz hinter Empfehlungen von Expert:innen und internationalen Standards zurück. „Damit verpasst die GroKo die Gelegenheit, dass Deutschland den jahrelangen Rückstand beim Thema saubere Politik endlich aufholt", so der GRÜNE Europaabgeordnete Daniel Freund.

Trotz aller Skandale verweigert die Union weiter die Offenlegung, ob z.B. Industrielobbyisten und Verbraucherschützer konkrete Entscheidungen und Gesetze beeinflusst haben. Klare Transparenz darüber, wann wer wen zu welchem Gesetzesvorhaben trifft, gibt es damit weiter nicht. Verbände, Gewerkschaften und Kirchen bleiben vom Lobbyregister ausgenommen.

Die Änderungen der Verhaltensregeln und Offenlegungspflichten drohen wirkungslos zu bleiben, wenn sie nicht unabhängig kontrolliert werden. Dass Abgeordnetenbestechlichkeit strikter geregelt werden soll, klingt gut. Statt symbolischer Strafverschärfungen müssen aber vor allem die Beweishürden so gesenkt werden, dass Geld gegen politische Entscheidung nicht erst bestraft wird, wenn es auf der Quittung steht. ses

Quelle: Homepage Daniel Freund
https://danielfreund.eu/, Stand: 30.03.2021

Jülich ist Fairtrade-Stadt

JÜLICH. Am 25. August wird Jülich als Fairtrade-Stadt ausgezeichnet. Damit setzt die Stadt Jülich ein konkretes Zeichen für ihr Interesse an einer gerechteren Welt. Sie trägt dazu bei, dass Produzentinnen und Produzenten in Afrika, Lateinamerika und Asien angemessen für ihre Produkte entlohnt werden. Fairer Handel verbessert die Lebens- und Arbeitsbedingungen ihrer Familien und verhindert unter anderem ausbeuterische Kinderarbeit. 2017 haben die Jülicher GRÜNEN angeregt, dass sich Jülich um den Titel Fairtrade-Stadt bemüht.

Wer dieses Siegel trägt, verpflichtet sich, mindestens zwei fair gehandelte Produkte in den städtischen Institutionen anzubieten, so zum Beispiel Kaffee, Tee oder Saft in den Sitzungen. Darüber hinaus nutzt die Stadt ihren Einfluss, um auch andere lokale Akteure wie Schulen, Kindergärten, Vereine, Einzelhandel, Gastronomie usw. dazu zu bewegen, Fairtrade-Produkte anzubieten, um damit einen Beitrag zu einem fairen Welthandel zu leisten. Die Steuerungsgruppe besteht in Jülich aus Vertreter:innen der Bereiche der Zivilgesellschaft, Politik und Wirtschaft, Schulen, Vereinen oder Kirchen sowie Eine-Welt-Laden. Auch unter Corona-Bedingungen konnte die Steuerungsgruppe schon tagen.

In diesem Jahr findet vom 10. bis zum 24. September bundesweit die Faire Woche mit Aktionen rund um das Thema „Menschenwürdige Arbeitsbedingungen“ statt, mit dem Motto „Zukunft fair gestalten – #fairhandeln für Menschenrechte weltweit“. Verschiedene Institutionen der Fairtrade-Stadt Jülich werden sich mit zahlreichen Aktionen beteiligen. Zum Beispiel wird am 18. September ein breit gefächertes Bühnenprogramm in der Stadt Jülich stattfinden. ewl

Chris Andrä – Grüner Bundestagskandidat für den Kreis Düren

© Jan Drexler, JD- Photoart

Ich heiße Chris Andrä, wurde in Trier geboren und lebe seit 1995 im Kreis Düren, seit 2003 in Langerwehe. Mehr als 7 Jahre habe ich als Radio-/Fernsehtechniker gearbeitet, Elektrotechnik an der RWTH studiert und bin seit 20 Jahren als Abteilungsleiter im Internationalen Technischen Service tätig.

Die Praxis war und ist mir immer wichtig. Dabei stehen der Mensch und seine Umwelt im Mittelpunkt und die Technik unterstützt dabei. Ich helfe anderen Menschen, löse deren Probleme nachhaltig und liefere Qualität. Diese drei Dinge sind der Garant für eine gute Entwicklung. So ist es kein Wunder, das die GRÜNEN seit vielen Jahren meine politische Heimat sind, da dort zudem Innovation und Kreativität gefragt sind.

Wahre Menschheitskrisen

Die globalen Krisen dieser Zeit – zuallererst die Klimakrise als wahre Menschheitskrise, aber auch Pandemien und Katastrophen – wirken in unser aller Leben hinein und gefährden Freiheit, Sicherheit und Wohlstand. Daher ist es jetzt an der Zeit, dass die Bundespolitik endlich über sich hinauswächst und die richtigen Weichen für eine nachhaltige Entwicklung stellt – CO_2 Reduktion zur Erreichung des 1,5-Grad-Zieles, Flächenentsiegelung, Gewässerschutz, Ausbau regenerativer Energie und damit einhergehend gute Arbeit und faire Löhne, eine gute Infrastruktur, gute Schulen und eine gute Gesundheitsversorgung werden das Ziel der nächsten 10 Jahre sein.

Unsere Chance!

Was heißt das konkret? Im Kreis Düren haben wir die einmalige Chance, innerhalb des Strukturwandels die Ökologie mit der Ökonomie zu verknüpfen. Die notwendigen Finanzmittel zum Aufbau einer sicheren Zukunft nach der Braunkohle sind vorhanden – wir müssen sie nur richtig einsetzen, um die Ursache der Krisen zu stoppen, deren Auswirkungen zu mildern, aber auch die wirtschaftlichen Grundlagen für die Region zu schaffen.

Genau dafür möchte ich mich einsetzen und biete Ihnen meine Erfahrung und mein Wissen an, mich unabhängig vom allgegenwärtigen Lobbyismus für diese Ziele einzusetzen und ein deutliches Zeichen für das Ende einer politischen Ära in Deutschland zu setzen – damit aber auch für einen Aufbruch in neue und bessere Zeiten.

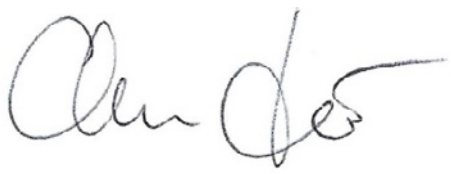
Alles ist drin!

Ich denke, diese Bundestagswahl gibt uns allen die Chance, unser Leben positiv zu verändern und nicht weiter nach hinten zu schauen.

Lasst uns die Gelegenheit nutzen und wählt den Wechsel, den ökologischen und ökonomischen Aufschwung – zusammen mit uns GRÜNEN – alles ist drin!

Als Ihr Bundestags-Direktkandidat für den Kreis Düren bin ich bereit dafür und freue mich über ihre Unterstützung!

Herzliche Grüße



Bericht aus der Fraktion

JÜLICH. Sechs Stadtverordnete, zwei Sachkundige Bürger:innen und zahlreiche stellvertretende Sachkundige Bürger:innen sind seit November 2020 in der GRÜNEN Ratsfraktion in Jülich aktiv. „Das ist eine klasse Mischung aus erfahrenen Kräften und Politikneulingen“, so der GRÜNE Fraktionsvorsitzende Sebastian Steininger. „Gemeinsam haben wir schon einige wichtige Dinge angepackt.“

Gleich in der ersten Ratssitzung wurde gemeinsam mit der UWG JÜL ein Antrag zur Anschaffung von zwei E-Lastenfahrrädern als Leihräder eingebracht und einstimmig verabschiedet – ein Erfolg für die GRÜNEN. „Die Mobilitätswende beginnt im Kleinen. Wir sehen das als einen Startschuss für eine nachhaltige Mobilität in Jülich“, freut sich Sebastian Steininger.
Insbesondere eine ökologische Energieversorgung ist für die GRÜNEN ein wichtiger Punkt. Ihnen liegen vor allem die Umsetzung der Energiewende und die Bekämpfung des Klimawandels am Herzen – auch in Jülich. Dass die Stadt nun die Installation eines Nahwärmenetzes auf dem Marktplatz prüfen lässt, sieht Sebastian Steininger als wichtigen Schritt.
Einstimmig angenommen wurde ebenfalls der GRÜNE Antrag, auf kommunalen Gebäuden, insbesondere bei Neubauten und Sanierungsmaßnahmen, die Möglichkeit zur Installation einer PV-Anlage sowie die Nutzung als Gründach zu prüfen. Auch der Haushalt der Stadt Jülich wurde auf Initiative der GRÜNEN hin zumindest um ein höheres Budget für die Grünflächenpflege aufgestockt.
Aber nicht alle Initiativen waren von Erfolg gekrönt: Vergebens setzen sich die GRÜNEN zusammen mit der SPD für eine breitere Öffentlichkeitsbeteiligung im Rahmen des Integrierten Handlungskonzeptes ein. Auch bei der Einleitung eines Prüfauftrags zur Schaffung einer Umgehungsstraße um die Jülicher Innenstadt im Nordwesten der Stadt beantragten die GRÜNEN eine Änderung der von der Verwaltung und den anderen Fraktionen geplanten Vorgehensweise. Statt sich von vornherein auf eine Umgehungsstraße festzulegen, forderten die GRÜNEN eine Analyse im Rahmen des Mobilitätskonzepts. Dabei sollten vor allem auch die Belange von Radfahrenden berücksichtigt werden. ses

Jonas Berberich (16): Klimawandel ist das wichtigste Thema

Mein Name ist Jonas Berberich, ich bin 16 Jahre alt und wohne mit meiner Familie in Jülich am Blauen Stein. Zurzeit besuche ich das Gymnasium Zitadelle Jülich in der Q1. In meiner Freizeit spiele ich gerne Badminton. Außerdem bin ich bei der THW-Jugend in Jülich und bei den GRÜNEN aktiv. Bei den GRÜNEN engagiere ich mich aus verschiedenen Gründen. Beispielsweise denke ich, dass in Deutschland sehr viel politisches Potential steckt, das nicht genutzt wird. Es gibt einen immensen Reformstau, die digitale Infrastruktur ist chronisch unterfinanziert, viele Schulen sind fast schon baufällig, Züge kommen ständig zu spät, die EU schwächelt, während China auf Aufholjagd geht, um einige zu nennen. Das wichtigste Thema jedoch ist der Klimawandel, der noch enorme Auswirkungen zeigen wird, wenn wir nicht jetzt das Klima schützen und handeln. Ein aktuelles Beispiel für diese Auswirkungen ist die riesige Flutkatastrophe in unserer Region. Ich war schon immer politisch sehr interessiert, weil Politik unser gesamtes Umfeld prägt. Nachdem ich mich letzten Sommer mit der GRÜNEN Partei und deren Wahlprogramm befasste, habe ich mich entschlossen, selbst aktiv zu werden und nicht immer nur frustriert politische Entwicklungen hinzunehmen. Die politische Arbeit macht mir sehr viel Spaß, ich kann jedem und jeder Interessierten empfehlen, auch die Initiative zu ergreifen.

Menschenrechte und Umwelt verbindlich schützen

BERLIN. Der Deutsche Bundestag hat in einer seiner letzten Sitzungen der Wahlperiode das so genannte Lieferkettengesetz verabschiedet. Erstmalig werden damit verbindliche menschenrechtliche und umweltbezogene Sorgfaltspflichten für deutsche Unternehmen gesetzlich festgeschrieben. Nachdem freiwillige Lösungen nicht die erhoffte Wirkung zeigten, ist das Gesetz ein längst überfälliger Schritt, um transnationales Wirtschaften in einer globalisierten Welt verbindlich an Menschenrechts- und Umweltstandards auszurichten.

Für große deutsche Firmen könnte es in Zukunft teuer werden, wenn ihre ausländischen Zulieferer Kinder arbeiten lassen oder Armutslöhne zahlen. Das Gesetz verpflichtet Unternehmen, bei ihren internationalen Partnern auf die Einhaltung von Menschenrechten und auf Umweltschutzkriterien zu achten. Tun sie das nicht, drohen Zwangs- und Bußgelder.

Aus Sicht der GRÜNEN Bundestagsfraktion ist das Gesetz ein erster Grundstein. Aber es bleibt an wichtigen Stellen schwach und muss dringend nachgebessert werden. So verzichtet das Gesetz zum Beispiel auf ein elementares Instrument der Rechtsdurchsetzung: die zivilrechtliche Haftung. Dadurch bleibt es für Geschädigte nahezu unmöglich, erfahrenes Unrecht einzuklagen.

Das deutsche Lieferkettengesetz in seiner jetzigen Form darf nicht zur Blaupause für Europa werden. Die nächste Bundesregierung muss sich in der Europäischen Union für ein starkes europäisches Lieferkettengesetz für den gesamten europäischen Binnenmarkt einsetzen und das deutsche Gesetz weiterentwickeln. Die GRÜNEN fordern insbesondere Nachbesserungen bei der Einführung einer zivilrechtlichen Haftungsnorm, bei der Reichweite der unternehmerischen Sorgfaltspflicht, der Anzahl der erfassten Unternehmen und der Umweltbereiche. ses

Quelle: Homepage Bundestagsfraktion
https://www.gruene-bundestag.de/. Stand: 08.07.2021

Waldzustandsbericht 2020 – Lage der Wälder dramatisch

BERLIN. Der Waldzustandsbericht 2020 zeigt: Den Wäldern in Deutschland ist es seit Beginn der Erhebung im Jahr 1984 nie so schlecht gegangen. Unsere Wälder, die meist monotone Forstplantagen sind, leiden unter der Klimakrise und der anhaltenden Dürre. Wir brauchen Wälder: als Wasserspeicher, Luftfilter, Bodenschützer und um den Klimakiller CO_2 zu binden. Wir brauchen intakte und widerstandsfähige Wälder im Kampf gegen die Klimakrise.

Durch die dramatische Klimakrise ist unser Wald in seiner Existenz bedroht. Stürme, Hitzewellen und lange Dürreperioden schädigen den Wald schon seit Jahren massiv. Die Niederschläge in diesem Jahr sind nach den letzten Dürresommern wie ein Tropfen auf dem heißen Stein. Die Grünen wollen die Wälder erhalten und die Waldwirtschaft klimafreundlich gestalten, um unsere Lebensgrundlagen zu sichern.

Die Waldkrise als existenzielle Herausforderung ist nicht durch einen regenreichen Sommer zu lösen. Sie erfordert eine Neuausrichtung in der Waldbewirtschaftung und damit auch von Förderinstrumenten. Flächenprämien nach dem Gießkannenprinzip versickern nutzlos, statt wirksame Investitionsanreize für einen echten Waldumbau zu setzen. ses

Quelle: Homepage Bundestagsfraktion
https://www.gruene-bundestag.de/ Stand: 14.07.2021

Impressum

Herausgeber
Bündnis 90/DIE GRÜNEN
Ortsverband Jülich
Große Rurstraße 45
52428 Jülich
www.gruene-juelich.de
info@gruene-juelich.de

Redaktion
Jonas Berberich
Christine Klein
Sybille Mellinghoff
Sebastian Steininger
Emily Willkomm-Laufs

V.i.S.d.P.
Emily Willkomm-Laufs

Druckauflage: 7.500

DRUCK
MegaDruck Produktions- und Vertriebs GmbH
Eichendorffstraße 4
26655 Westerstede

Bereit, weil Ihr es seid.

Wetter

Wetterregel:
Sitzen die Birnen fest am Stiel,
bringt der Winter Kälte viel.